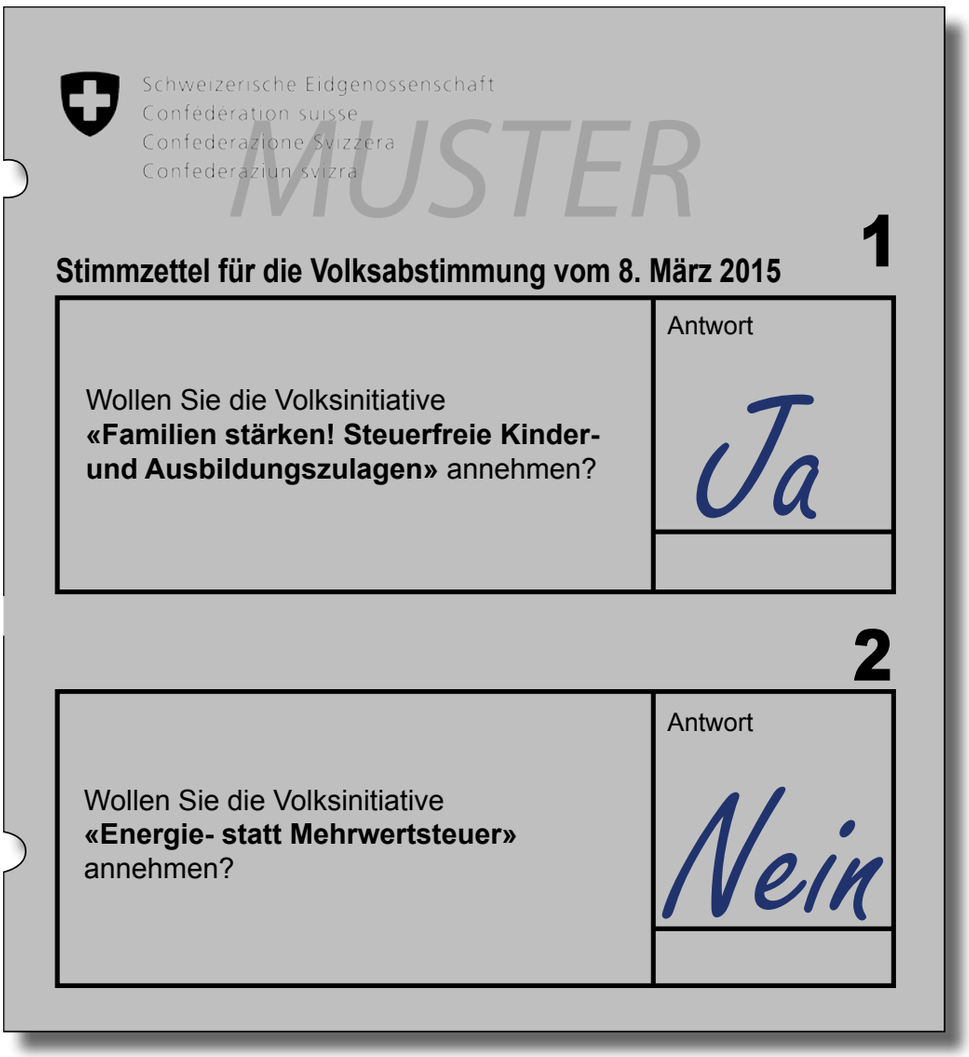
SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei



Die SVP Schweiz hat am 24. Januar 2015 an ihrer Delegiertenversammlung in Locarno die Parolen zum Abstimmungswochenende vom 8. März gefasst. Sie stellt sich mit 144 zu 96 Stimmen hinter die Familieninitiative der CVP. Mit der Annahme der Initiative stehen Familien mit Kindern 1 Milliarde Franken pro Jahr mehr im Portemonnaie zur freien Verfügung. Dieses Geld fliesst durch den Konsum in die Wirtschaft zurück, welche die Zulage ja auch bezahlt.

Die grünliberale Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ lehnt die SVP mit 279 Stimmen zu 1 ab. Massiv höhere Energiepreise würden die schweizerische Exportwirtschaft gegenüber dem Ausland stark benachteiligen. Zudem ist die vorgeschlagene Energiesteuer falsch konstruiert, denn sie müsste, um die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer – jährlich über 22 Milliarden Franken! – zu ersetzen, ständig weiter erhöht werden.

Bad Horn 2015 3-5
Rolf Dörig zu den Erfolgsfaktoren für die Schweiz

Familieninitiative 8-9
Weniger staatliche Abzockerei und finanzielle Entlastung der Familien

Arbeitsplätze sichern 14-15
Jetzt braucht es einen Deregulierungs- und Revitalisierungspakt!

AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 55 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - Februar 2015

SVP bi de Lüt

SVP Baselland

Die SVP Baselland hat im ganzen Kanton viele Standaktionen veranstaltet. Hier im Januar in Binningen (oben) und Reinach (unten).

SVP Zürich

Die SVP Stadt Zürich für Stabilität und Sicherheit auf dem Marktplatz Zürich-Oerlikon. Trotz Regen und Schnee sind sie „bi de Lüt“.

Auszug aus der Albisgüetli-Rede vom 16. Januar von Christoph Blocher

Bürgerrechte sind Menschenrechte

Gegen ein so hohes Gut wie die direkte Demokratie kann kein Politiker offen antreten. Das wäre politischer Selbstmord. Also muss es verdeckt geschehen. Darum suchen die Gegner der Demokratie in der Schweiz „höheres Recht“, das die Volksentscheide ausschalten soll. Man findet internationales Recht und spricht von „Völkerrecht“, von den „Menschenrechten“ und will so die Bürger mundtot machen. Denn wer wagt es schon, das Völkerrecht oder gar die Menschenrechte auch nur zu hinterfragen oder zu kritisieren. Als unser Land die Menschenrechtskonvention unterschrieb, hatte die Schweiz die Menschenrechte verfassungsmässig längst geschützt – seit 1848.

Keine fremden Richter
Politisch stellt nun das Bundesgericht den Europäischen Gerichtshof in Strassburg über die schweizerische Bundesverfassung. Nicht die eigenen, sondern fremde Richter sollen uns neuerdings sagen, was Menschenrechte sind: Internationale Richter, die weder unser Land kennen, noch von uns gewählt worden sind!

Pseudo-Menschenrechte
Die Menschenrechte sind ein hohes schweizerisches Gut. Sie sind geschützt und sollen geschützt bleiben Aber die SVP ist gegen ausländische Vorschriften, die als Menschenrechte ausgegeben werden und von weltfremden Theoretikern erlassen wurden, um das Schweizer Volk nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen. So dürfen wir nicht jede Forderung als Menschenrecht anerkennen wie beispielsweise das Recht auf Hausbesetzung, den Familiennachzug, das Streikrecht, das Ausschaffungsverbot Schwerstkrimineller, der obligatorische freie Zugang zur Hochschule, das Existenzminimum, das Recht auf Wohnung oder die Geschlechtsumwandlung.

Stimmrecht kein Menschenrecht mehr?
Eines unserer wichtigsten verfassungsmässigen Menschenrechte ist, dass unsere Bürger als Souverän abstimmen und ihren Willen gegenüber Regierung und Parlament durchsetzen können. Wenn das Bundesgericht nicht mehr dem durch Volk und Parlament erlassenen schweizerischen Recht folgt, sondern Europäischen Gerichtshöfen nachpredigt, so vernichtet es das wichtigste Menschenrecht, nämlich das Stimmrecht unserer Bürger. Das Volk entscheidet mit Augenmass, sachbezogen und weitsichtig, jedenfalls weitsichtiger als die Berufspolitiker, die sich vor allem um ihre Wiederwahl sorgen.

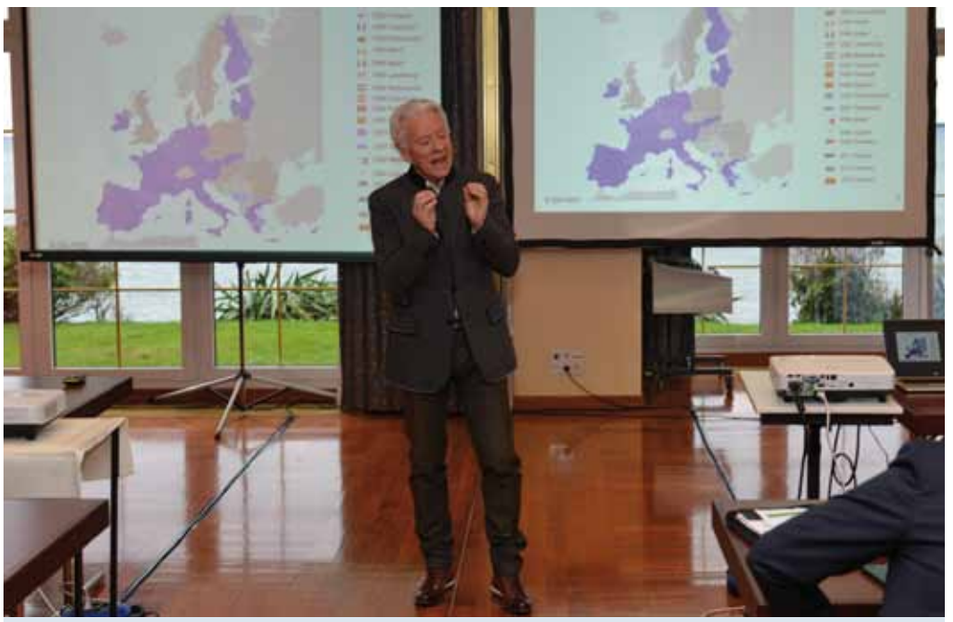
Darum lanciert die SVP in den nächsten Wochen die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“, die es mit den Menschenrechten ernst meint, diese schützt, aber ihnen die nötige demokratische Legitimation gibt.

Wie bleibt die Schweiz Spitze in Bezug auf wirtschaftliche Standortattraktivität?

Wie bleibt die Schweiz Spitze in Bezug auf wirtschaftliche Standortattraktivität? Mit dieser Fragestellung haben sich die über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des SVP-Kaders an der traditionellen Neujahrstagung der SVP Schweiz in Horn vom 9. und 10. Januar 2015 beschäftigt.

Die SVP konnte nebst Prof. Franz Jaeger, der einen internationalen Vergleich der Standorte zog, auch Rolf Dörig, Verwaltungsratspräsident des weltweit grössten Stellenvermittlers Adecco und des Versicherungskonzerns Swiss Life, gewinnen, der aus der Praxis und aus persönlicher Sicht über die Erfolgsfaktoren und Gefahren für die Schweiz sprach. Bundesrat Ueli Maurer hat schliesslich seine Sicht dargelegt, wie die bürgerliche Schweiz gestärkt werden kann.

Am zweiten Tag haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umsetzung des Verfassungsartikels zur Steuerung der Zuwanderung und dem Verhandlungsspielraum der Schweiz mit der Europäischen Union zugewandt. Dazu sprach auch Prof. Michael Ambühl, der die Professur für Verhandlungsführung an der ETH Zürich innehat, was für spannende Diskussionen sorgte.



Professor **Franz Jaeger** hat aufgezeigt, dass das Jobwunder in Deutschland wegen Deregulierung des Arbeitsmarktes stattfand – in Südeuropa wurde hingegen das Gegenteil gemacht. Ebenfalls machte er klar, dass er Wutausbrüche bekomme, wenn er höre, dass es eine höhere Maturitätsquote in der Schweiz brauche. Vielmehr müsse das duale Berufsbildungssystem gestärkt werden, das insbesondere den Berufseinsteigern Chancen ermögliche.

Der Einsatz für die Stärkung der Schweiz und die Sicherung der Arbeitsplätze lohnt sich.

Erfolgsfaktoren für die Schweiz

Es ist verständlich, dass als Folge der Finanz- und Schuldenkrise der Ruf nach mehr staatlicher Einflussnahme und nach Steuerung der Wirtschaft immer lauter geworden ist. Es ist heute aber zwingend, dass der Regulierungswut Grenzen gesetzt werden und der staatliche Fussabdruck schrittweise kleiner werden muss.

Auszug aus dem Referat von Rolf Dörig, Verwaltungsratspräsident von Adecco S.A. und Swiss Life

Wir Unternehmer und Manager hierzulande müssen wissen, dass unser Geschäftsradius zwar die Welt zu sein hat; unsere Verantwortung für einen ausbalancierten Generationenvertrag aber auch in der Schweiz liegt.

Sie als Politiker sollten erkennen, dass Sie auch zur Wahrung von Partikularinteressen in die Parlamente gewählt werden; Ihre Verantwortung für einen ausbalancierten Generationenvertrag aber auch darin liegt, dass Sie das grosse Ganze nicht aus den Augen verlieren.

„Ein Beitritt zur EU oder ein institutionelles Rahmenabkommen kann kein Thema sein“

Lassen Sie mich diese Symbiose von beiden Verantwortungen in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Sorgen wir gemeinsam für eine faire, gelenkte und kontrollierte Personenfreizügigkeit/Zuwanderung, nicht nur mit den EU-Ländern, sondern mit der ganzen Welt. So bringen wir die Fachkräfte in unser Land, welche die Wirtschaft heute und morgen benötigt.

2. Schliessen wir Freihandelsabkommen mit der Welt. Dies stützt unsere Exportindustrie und schafft neue Jobs.

3. Tragen wir Sorge zu unserem dualen Ausbildungssystem. Es bedeutet Arbeit für unsere Jugend.

4. Erhalten wir unseren flexiblen Arbeitsmarkt und unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen. Dies hält die Arbeitslosigkeit tief.

5. Ganz wichtig: Verknüpfen wir schliesslich die Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik. Dies ist der beste Garant für die Sicherung des Generationenvertrages und der Sozialsysteme.

Gelingt dies, gäbe es eine zweite Lesart für die Symbolik auf unserer Landesflagge: Nicht nur als Schweizer Kreuz auf rotem Grund. Sondern auch als Plus für unser Land.

Erlauben Sie mir, anhand dieser 5 Punkte noch einige Bemerkungen zur aktuellen Diskussion um die Europapolitik.

Hier prallen die verschiedenen politischen Interessen – aber scheinbar auch Wirtschaftsinteressen und Gesellschaftsinteressen – in besonderem Masse aufeinander. Oder anders ausgedrückt: kurzfristig motivierte politische oder wirtschaftliche Interessen versus langfristiges Landesinteresse.

Wenn wir gewillt sind, uns an diesen Grundprinzipien auszurichten und diese bei der Umsetzung der von mir erwähnten 5 Punkte anzuwenden, dann:

- Kann ein Beitritt zur EU oder ein institutionelles Rahmenabkommen kein Thema sein;
- Müssen wir eine Lösung für eine bedürfnisgerechte, kontrollierte Steuerung der Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt und unsere Sozialwerke finden;
- Müssen wir unser duales Bildungssystem konsequenter auf die heute und künftig benötigten Qualifikationen ausrichten;
- Müssen unsere Unternehmen das in der Schweiz verfügbare Arbeitskräftepotential (und das schliesst die hier ansässigen Ausländer selbstverständlich mit ein) besser nutzen und den Fachkräftenachwuchs intern weiterbilden (Stichworte: ältere Arbeitnehmer, Frauen, Inländervorrang).

Die bürgerliche Schweiz stärken

1815 konnte sich unser Land aus der Konkursmasse des napoleonischen Reiches lösen und wieder seinen eigenen Weg gehen. Und in diesen 200 Jahren ist einiges vom dem entstanden, was unseren einmaligen Erfolg ausmacht. Man kann den Erfolg unter dem Begriff „bürgerliche Schweiz“ zusammenfassen.

Auszug aus dem Referat von Bundesrat Ueli Maurer, Chef VBS, Wernetshausen (ZH)

Die Situation ist ja eigentlich absurd. Der Sozialismus hat versagt – und trotzdem arbeitet die Linke daran, unsere Ordnung sozialistisch umzupolen.

Unser Sonderfall Schweiz hat sich als Erfolgsmodell erwiesen – und trotzdem wird Anpassungsbedarf an andere Staatsmodelle heraufbeschworen, obwohl sich diese nachweislich viel schlechter bewähren als unseres.

Mit selbsternannten Eliten sind Länder auf die Dauer immer schlecht gefahren, das zeigt die Geschichte, und das zeigt auch die Gegenwart, beispielsweise mit der Staatsverschuldung sowie der hohen Jugendarbeitslosigkeit in EU-Staaten – und trotzdem gehen auch wir langsam aber sicher in diese Richtung. Darum stellt sich uns die Frage: Was können wir tun, um diese Entwicklung zu stoppen und unsere Erfolgsgrundlagen zu bewahren?

„Wir müssen die internationale Gleichschaltung stoppen. Dazu gehört, dass wir den Mut haben, weiterhin unseren freiheitlichen Weg zu gehen.“

Ich meine, wir müssen auf drei Ebenen vorgehen:

1. Gleichschaltung stoppen

Wir müssen die internationale Gleichschaltung stoppen. Dazu gehört, dass wir den Mut haben, weiterhin unseren freiheitlichen Weg zu gehen. Verträge und Konventionen, die uns einschränken oder sogar einen Mechanismus zur Übernahme immer neuer Regeln beinhalten, sind zu überdenken. Dazu gehören unter anderem die Personenfreizügigkeit, aber auch Schengen-Dublin.

Unser bürgerliches Erfolgsmodell ist nicht einfach ein unveränderbarer Naturzustand, der uns auf alle Ewigkeit hohe Lebensqualität und Reichtum garantiert. Unsere freiheitliche Ordnung gilt es zu verteidigen.

Ich bin auch überzeugt, dass die Partei mit der Initiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ hier einen ganz wichtigen Schritt macht.

2. Wahlen gewinnen

2015 ist ein Wahljahr. In der gegenwärtigen Situation ist es eine grundsätzliche Weichenstellung: Bleiben wir ein eigenständiges, freiheitliches Land oder schliessen wir uns mit neuen Verträgen der EU an? Darum sind diese Wahlen jeden Effort wert. In der nächsten Legislatur wird unter anderem unser Verhältnis zur EU neu definiert. Da ist es absolut entscheidend, wie sich unser Parlament zusammensetzt. Hier kommt es ganz direkt auf Ihren Einsatz an!

3. Regierungsbeteiligung ausbauen

Nach den Wahlen stellt sich ja dann auch die Frage nach dem Umfang der Regierungsbeteiligung. Wir haben zum Glück die Volksrechte mit Initiative und Referendum, da kann das Volk aufs Gas oder auf die Bremse drücken. Aber der Kurs des Landes wird eben doch zu einem grossen Teil in Regierung und Verwaltung vorbestimmt. Wenn wir wieder zu einer bürgerlichen Politik zurückkehren wollen, führt das über eine stärkere Präsenz in der Landesregierung. Auch hier ist die Partei gefordert, dass sie sich gemäss ihrem Wähleranteil im Bundesrat einbringen kann.

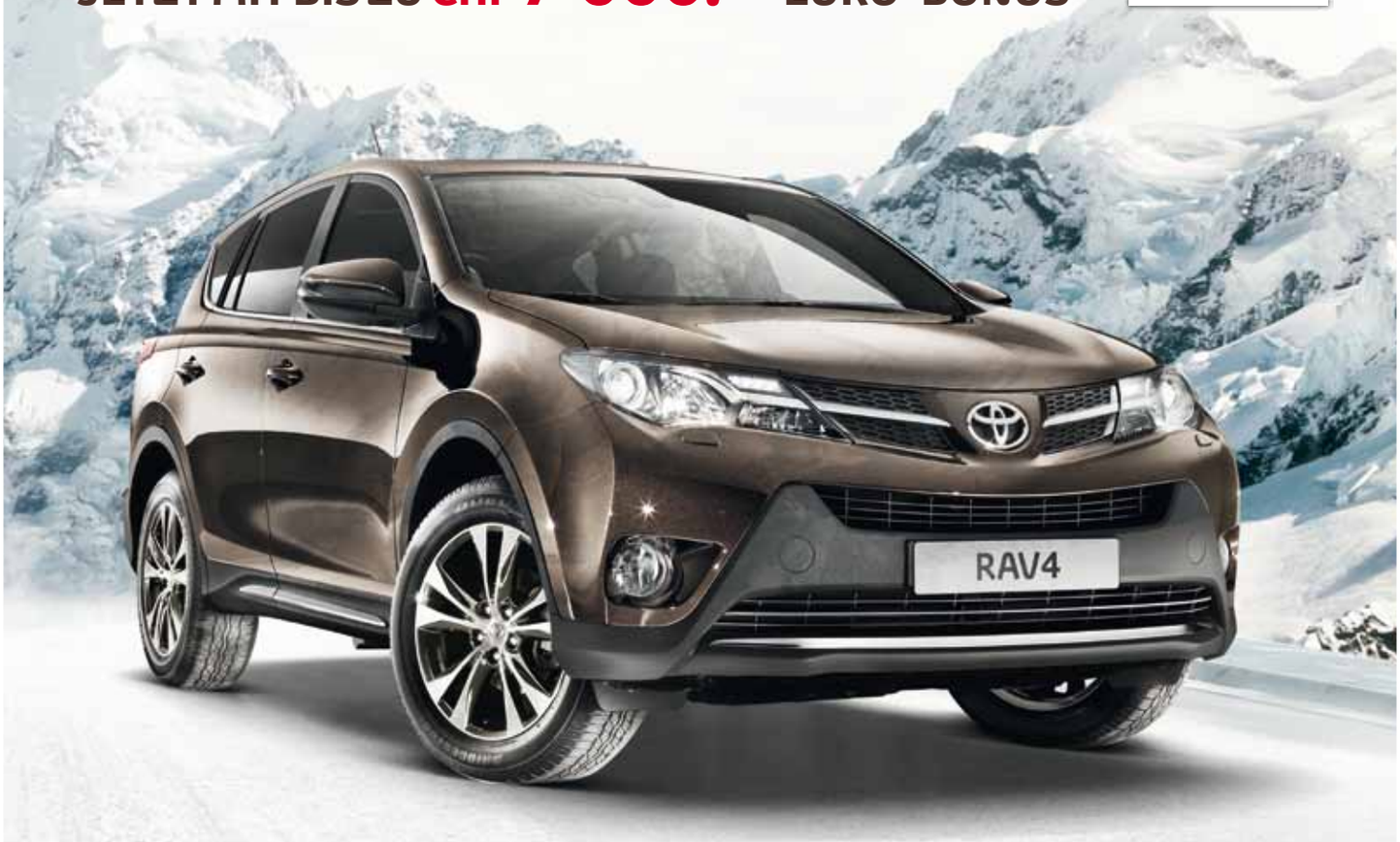
Lesen Sie hier sämtliche Referate der Kadertagung:
www.svp.ch/aktuell/delegiertenversammlungen/kadertagung-der-svp-schweiz

TOYOTA

ALWAYS A **BETTER** WAY

UNVERWÜSTLICH & LEGENDÄR
DIE TOYOTA 4x4-IKONEN

JETZT MIT BIS ZU CHF 7'000.–* EURO-BONUS



RAV4
AB CHF 26'900.–*
(inkl. CHF 5'000.– Euro-Bonus)

LEASING JETZT AB **0,5%**

TOYOTA 4x4
SEIT 60 JAHREN DER 4x4-PIONIER

toyota.ch

HILUX
DER UNVERWÜSTLICHE 4x4
AB CHF 24'400.–*

SIENNA
DER 4x4-LUXUS-VAN
AB CHF 59'900.–*

LAND CRUISER
DIE 4x4-LEGENDE
AB CHF 35'950.–*

LAND CRUISER V8
DER 4x4-KÖNIG
AB CHF 83'700.–*

* Empf. Netto-Verkaufspreis nach Abzug eines Euro-Bonus, inkl. MwSt. **RAV4** Luna 2,0 4x4, 111 kW (151 PS), 5-Türer, CHF 31'900.– abzgl. Euro-Bonus von CHF 5'000.– = CHF 26'900.–, Ø Verbr. 7,3 l/100 km, Ø CO_2 169 g/km, En.-Eff.F. Abgeb. Fahrzeug: **RAV4** Style 2,2 D-4D, 110 kW (150 PS), M/T, CHF 42'700.– abzgl. Euro-Bonus von CHF 5'000.– = CHF 37'700.–, Ø Verbr. 5,7 l/100 km, Benzinäquiv. 6,4 l/100 km, Ø CO_2 149 g/km, En.-Eff. D. **Hilux** Terra 2,5 D-4D 4x4 Single Cab, 106 kW (144 PS), M/T, CHF 26'900.– abzgl. Euro-Bonus von CHF 2'500.– = CHF 24'400.–, Ø Verbr. 7,6 l/100 km. Abgeb. Modell: **Hilux** Sol Premium 3,0 D-4D 4x4 Double Cab, 126 kW (171 PS), M/T, CHF 44'400.– abzgl. Euro-Bonus von CHF 2'500.– = CHF 41'900.–. **Sienna** 3,5 l V6 Dual VVT-i, 4x4, 198 kW (269 PS), CHF 66'900.– abzgl . Euro-Bonus von CHF 7'000.– = CHF 59'900.–, Ø Verbr. 11,3 l/100 km, Ø CO_2 260 g/km, En.-Eff. G. **Land Cruiser** Profi 3,0 D-4D 4x4, 140 kW (190 PS), 3-Türer, M/T, CHF 39'950.– abzgl. Euro-Bonus von CHF 4'000.– = CHF 35'950.–, Ø Verbr. 8,1 l/100 km, Benzinäquiv. 9,1 l/100 km, En.-Eff. F. Abgeb. Fahrzeug: **Land Cruiser** Sol 3,0 D-4D 4x4, 140 kW (190 PS), 5-Türer, M/T, CHF 66'950.– abzgl. Euro-Bonus von CHF 4'000.– = CHF 62'950.–. **Land Cruiser V8** Luna 4,5 V8 D-4D 4x4, 200 kW (272 PS), 5-Türer, A/T, CHF 89'700.–, abzgl. Euro-Bonus von CHF 6'000.– = CHF 83'700.–, Ø Verbr. 9,5 l/100 km, Benzinäquiv. 10,6 l/100 km, Ø CO_2 250 g/km, En.-Eff. G. Abgeb. Fahrzeug: **Land Cruiser V8** Sol 4,5 V8 D-4D 4x4, 200 kW (272 PS), 5-Türer, A/T, CHF 110'800.– abzgl. Euro-Bonus von CHF 6'000.– = CHF 104'800.–. Ø CO_2-Emission aller in der Schweiz immat. Fahrzeugmodelle: 144 g/km. **Leasingkonditionen:** Eff. Jahreszins 0,5%, Leasingzins pro Monat inkl. MwSt., Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung 15%, Kaution vom Finanzierungsbetrag 5% (mind. CHF 1'000.–), Laufzeit 24 Monate und 10'000 km/Jahr. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung führt. Die Verkaufsaktionen sind gültig für Vertragsabschlüsse mit Inverkehrsetzung ab 21. Januar 2015 bis 28. Februar 2015 oder bis auf Widerruf. Toyota Gratis-Service beinhaltet kostenlose Servicearbeiten bis 6 Jahre oder 60'000 km (es gilt das zuerst Erreichte). Der **Hilux** und der **Land Cruiser** Profi sind vom Gratis-Service ausgeschlossen. Abbildungen zeigen aufpreispflichtige Optionen.

JA zum Gotthard-Strassentunnel

Der Gotthard ist die wichtigste Verkehrsachse der Schweiz. Nach über 35 Jahren muss der Strassentunnel saniert werden. Um die Verbindung auch in der Sanierungsphase zu sichern, haben Bundesrat und Parlament den Bau einer zweite Röhre beschlossen. Durch den Einspurbetrieb der Tunnels wird die Kapazität nicht erhöht. Es gibt jedoch ein markantes Plus bei der Sicherheit, da es in Zukunft keinen Gegenverkehr mehr gibt und die Zahl der Unfälle massiv reduziert wird. Linke Kreise haben das Referendum ergriffen, deshalb werden wir Anfang 2016 darüber abstimmen.

Heute fahren rund 1,3 Millionen LKWs im Transit durch die Schweiz. Laut Gesetz dürften aber nur 650‘000 LKWs die Schweiz auf der Strasse durchfahren.

Kapazität der NEAT reicht nicht aus
Im Klartext, müssten 650‘000 LKWs auf die Bahn verladen werden. Auf einen Eisenbahnzug der ROLA (rollende Landstrasse) kann man genau 20 Vierzigtönner verladen. Rechnen Sie selbst! 650‘000 zu verladende LKWs durch 20 ergibt 32‘500. Wenn wir nur schon das heutige Gesetz erfüllen wollten, müssten 32‘500 zusätzliche Züge fahren. Mit der Vollsperrung des Gotthardstrassentunnels müssten nicht weniger als 65‘000 Eisenbahnzüge zusätzlich durch den Gotthard rollen!

„Sind nicht gerade die im Gotthard getöteten Menschen das beste Argument für einen sicheren Tunnel mit zwei richtungsgetrennten Röhren?“

PKW-Verkehr kommt noch dazu
Die rund 15‘000 bis 20‘000 Autos, die den heutigen Tunnel durchqueren, sind noch nicht eingerechnet. Sie müssten sich laut den Gegnern der Sanierungsröhre über den Gotthardpass quälen. Und im Winter, wenn es etwa 3 Meter Schnee auf dem Pass hat? Überlegen Sie sich, welche Folgen das hätte. Die rotgrüne Brille der Gegner ist in der Zeit seit der Ära Leuenberger so dunkelrot beziehungsweise dunkelgrün geworden, dass kein klarer Blick mehr möglich ist.

Der Sanierungstunnel am Gotthard ist nicht eine Einmal-, es ist eine Langzeitinvestition, die vor allem der künftigen Sicherheit dient.

Sicherheit ist oberste Richtschnur
Von der Sicherheit eines zweispurigen Tunnels wurde noch gar nicht gesprochen. Die Ingenieure haben die neuen Bahntunnels am Gotthard, am Ceneri oder am Eppenberg zweispurig gebaut. Warum wohl? Aus Sicherheitsgründen. Sind die Menschen auf der Strasse Menschen zweiter Klasse? Sie die Tessiner Autofahrer, die in den Norden fahren möchten oder müssen, sind diese Menschen weniger wert als Menschen, die die Bahn benutzen? Die Statistik zeigt es klar: Im richtungsgetrennten Seelisbergtunnel gibt es praktisch keine Toten. Ganz anders im Gotthard. Sind nicht gerade die im Gotthard getöteten Menschen das beste Argument für einen sicheren Tunnel mit zwei richtungsgetrennten Röhren?

Tessin = Schweiz
Jeder Tunnel muss von Zeit zu Zeit saniert werden. Der Sanierungstunnel am Gotthard ist nicht eine Einmal-, er ist eine Langzeitinvestition, die vor allem der künftigen Sicherheit dient. Sicher ist es auch eine Investition für den schweizerischen Kanton Tessin und den Zusammenhalt des Landes. Nach der Sanierung des alten Tunnels, etwa im Jahre 2032, dürfen beide Tunnels nur einspurig befahren werden. Wir haben einen Verfassungsartikel, eine Kapazitätserweiterung gibt es also nicht. Es gibt aber mehr Sicherheit durch die Richtungstrennung und endlich einen Pannenstreifen. Was will man mehr?

von Nationalrat und Unternehmer Ulrich Giezendanner, Rothrist (AG)

Familien entlasten!

Die Volksinitiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“ verlangt, dass Kinder- und Ausbildungszulagen neu von der Steuer befreit werden. Heute kommen die Kinder- und Ausbildungszulagen einer Lohnerhöhung gleich und müssen als Einkommen versteuert werden. Somit fliesst Geld zurück an den Staat, das eigentlich für die Familien vorgesehen ist. Diesen Unsinn gilt es am 8. März an der Urne zu korrigieren.

von Nationalrätin Nadja Pieren, Vizepräsidentin SVP Schweiz, Burgdorf (BE)

Es ist fair und entspricht dem Steuersystem der Schweiz, dass Geld, welches durch Arbeit erzielt wurde, versteuert werden muss. Dass aber eine Kinder- und Ausbildungszulage, welche zur Kaufkraftkompensation von Familien ausbezahlt wird, versteuert werden muss, ist nicht fair – das ist eine staatliche Abzockerei.

Schluss mit Bürokratie

Das Geld, welches von den Arbeitgebern bezahlt wird, soll vollumfänglich den Familien zugutekommen. Die Arbeitgeber bezahlten, je nach Kanton, zwischen 1,2–2,35% ihres versicherten AHV-Lohnes in die Familienausgleichskasse ein. Diese erstattet dem Arbeitgeber die Aufwände für Kinder- und Ausbildungszulagen zurück. Die Höhe der Zulagen ist kantonal unterschiedlich und variiert zwischen 200–300 Franken bei den Kinderzulagen und zwischen 250–425 Franken bei den Ausbildungszulagen. Die Kinder- und Ausbildungszulagen werden also vollumfänglich durch die Arbeitgeber finanziert.

Total werden schweizweit ca. 5 Milliarden Franken Kinder- und Ausbildungszulagen ausbezahlt. Geld, welches vom Arbeitgeber an die Familien entrichtet wird. Von diesen 5 Milliarden Franken fliessen jährlich knapp 1 Milliarde Franken, also 20%, an den Staat in Form von Steuern, welche die Familien dem Staat bezahlen. Es sind dies gut 250 Millionen Franken Bundessteuern und rund 650 Millionen Franken kantonale Steuern.

Initiative finanziell verkraftbar

Auf 250 Millionen Franken Steuergelder kann der Bund bei einem Gesamtbudget von 67 Milliarden Franken problemlos verzichten. Auch 650 Millionen Steuerausfälle auf Kantonsebene tun den Kantonen nicht spürbar weh. Diese 650 Millionen verteilen sich auf die 26 Kantone, was für den einzelnen Kanton nur noch einen kleinen Ausfall bedeutet. Somit ist

„Die Initiative wird die Familien finanziell wirksam entlasten, wovon vor allem die Mittelstandsfamilien stark profitieren werden.“

Die SVP-Delegierten heissen die Volksinitiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“, die am 8. März zur Abstimmung kommt, mit 144 zu 96 Stimmen gut.

„Die Kinder- und Ausbildungszulagen sind nicht für den Staat, sondern für die Familien bestimmt.“

Familie Antenen
Wattenwil (BE)

diese Initiative für den Bund und die Kantone sehr gut verkraftbar.

Die Familien würden jedoch mit der Annahme der Initiative finanziell entlastet. Vor allem Mittelstandsfamilien können stark profitieren. Im Kanton Bern zum Beispiel würde eine Familie mit zwei Kindern, eines mit Kinderzulage, eines mit Ausbildungszulage, und einem steuerbaren Einkommen von 50‘000 Franken jährlich 1‘313 Franken weniger Steuern bezahlen müssen. Im Kanton Waadt würde die gleiche Familie jährlich 1‘059 Franken sparen, also um die 100 Franken im Monat. Das ist bei einem Jahreseinkommen von Fr. 50‘000 sehr viel Geld.

59% aller Familien sind Mittelstandsfamilien. Genau diese werden von steuerfreien Kindern- und Ausbildungszulagen am meisten profitieren.

Es ist nicht fair, wenn eine Familie wegen den Kinder- und Ausbildungszulagen in eine höhere Steuerprogression rutscht. Diese Zulagen sind keine Lohnerhöhungen. Diese Zulagen sollen vollumfänglich den Familien, den Kindern, zugutekommen.

Diese Initiative ist nicht nur für die Familien etwas Gutes, sondern auch für die Wirtschaft. Denn das Geld, welches Familien nicht dem Staat abliefern müssen, wird in die Wirtschaft fliessen. Dies kommt vor allem den KMU zugute.

„Diese Zulagen sind keine Lohnerhöhungen. Diese Zulagen sollen vollumfänglich den Familien, den Kindern, zugutekommen.“

Es spricht also alles dafür, die Initiative “Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen” am 8. März 2015 anzunehmen, da sie im Grunde genommen die gleiche Stossrichtung hat wie die leider von Volk und Ständen abgelehnte Familieninitiative der SVP.

Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen:

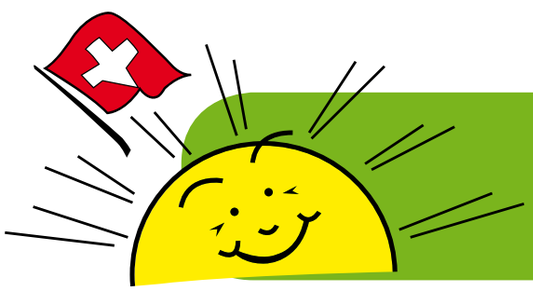
- stärken die Familien, indem diese Geld, welches als Kaufkraftkompensation ausbezahlt wird, nicht versteuern müssen,

- stärken den Mittelstand, denn 59% der Familien sind Mittelstandsfamilien,

- stärken die Wirtschaft, indem die Familien mehr Geld zur Verfügung haben, welches sie wieder in die Wirtschaft fliessen lassen,

- stärken schlussendlich auch den Staat, indem die Wirtschaft durch mehr Kaufkraft der Familien gestärkt wird.

Weniger staatliche Abzockerei und finanzielle Entlastung der Familien sind wichtige Ziele der SVP. Darum sage ich JA zu steuerfreien Kinder- und Ausbildungszulagen.



Die SVP Schweiz empfiehlt am 8. März die JA-Parole zur Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»

Mehr Informationen: www.svp.ch/kampagnen

GOAL GLOSSAR

Kontinuität

Damit eine Botschaft Erfolg bringt, darf nicht von ihr abgewichen werden. Denn Beständigkeit ist ein Prinzip des Erfolges. Deshalb raten wir unseren Kunden: Bleiben Sie Ihrer Botschaft treu! Denn nur ununterbrochenes Fortbestehen einer Botschaft bringt den Erfolg.

Kontinuität

<lat.> continuitas –
«ununterbrochene Fortdauer»

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Unser SVP-Special Nr. 1
A3-Farb-Multifunktions…

…Kopierer
…Scanner
…Drucker
…Telefax

Fr. 2950.00
plus monatlich Fr. 28.80 inkl. MWSt.
für 200 Farb- und 500 s/w-Kopien
für 5 Jahre (andere Mengen anfragen)

34 Seiten (26 farbig) / Min.,
doppelseitig, Netzwerk,
2 Kassetten à 530 Blatt,
1 Kassette à 300 Blatt,
hervorragende Bildqualität,
Bannerdruck bis 1,2 m,
inkl. 5 Jahre Onsite-Garantie,
wirklich alles inbegriffen!

OCoTex
Auskunft und 170 Referenzen
041 799 50 00
info@ocotex.ch

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MEHR ALS EINE DRUCKEREI ...

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten
T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

Wohlen AG, Abstimmung vom 08.03.15

Genehmigung Rahmenkredit für Investorenausschreibung „Jacob Isler-Areal" von CHF 302'400.00:

Nein

☺Isler-Areal behalten, Park gestalten☺
Naturverein Wohlen

Nein zur neuen Mediensteuer

Die Aktion Medienfreiheit ist eine überparteiliche Vereinigung. Sie setzt sich seit vielen Jahren für die Stärkung der Meinungs- und Medienvielfalt ein – das Fundament unserer Demokratie.

Die Aktion Medienfreiheit kämpft für bessere Rahmenbedingungen für private Medienunternehmen. Eigenverantwortung und Innovation müssen auch im Medienbereich im Zentrum stehen. Staatliche Interventionen, Regulierungen und Geldflüsse sind abzubauen. Ebenso lehnt die Aktion Medienfreiheit staatliche Medienförderung ab. Die Aktion Medienfreiheit bekämpft die Einführung einer neuen Mediensteuer.

Seit Mai 2014 wird die Aktion Medienfreiheit von Nationalrätin Natalie Rickli präsidiert. Im Vorstand haben Vertreter von SVP, FDP, CVP, GLP sowie des Liberalen Instituts Einsitz.

AKTION
MEDIENFREIHEIT

Natalie Rickli
Nationalrätin
Präsidentin Aktion Medienfreiheit

Thomas Müller
Nationalrat
Vorstandsmitglied

Gregor Rutz
Nationalrat
Vorstandsmitglied

Martin Baltisser
Generalsekretär
Vorstandsmitglied

- Ja, ich möchte der Aktion Medienfreiheit beitreten (Beitrag Fr. 50.-/Jahr).
- Ich möchte die Aktion Medienfreiheit als Gönner unterstützen.
- Bitte senden Sie mir mehr Informationen zur Aktion Medienfreiheit.

Name / Vorname _____
Strasse / Nr. _____
PLZ / Ort _____
E-Mail _____

Bitte einsenden an: Aktion Medienfreiheit, Postfach 470, 8702 Zollikon.
info@medienfreiheit.ch – www.medienfreiheit.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlament.ch, Peter Schaub.

NEIN zur Energiesteuer!

Mit der Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ soll die Mehrwertsteuer abgeschafft und im Gegenzug dafür eine Steuer auf nicht erneuerbare Energie (Erdöl, Gas, Kohle und Uran) erhoben werden. Der aktuelle Steuersatz auf diese Energieträger würde massiv erhöht. Die Preise werden mit der Zunahme der erneuerbaren Energien zudem stetig weiter ansteigen.

Energie würde somit zum Luxusgut. Dies ist nicht nur falsch, sondern auch inakzeptabel. Die Energiekosten, ähnlich wie die Miet- oder die Krankenkassenkosten, belasten die Familien am meisten. Wir dürfen die Kosten einer angeblich nachhaltigen Energiepolitik nicht auf die Schultern der Familien laden.

Der Ersatz der Mehrwertsteuer hätte folgende Auswirkungen:

- **3 Franken für einen Liter Treibstoff**
- **Über 3 Franken für einen Liter Heizöl**
- **30 Rappen und mehr für eine Kilowattstunde Strom**

Und dies ist erst der Anfang, denn je weniger von diesen Energieträgern konsumiert wird, umso mehr wird der Preis ansteigen…

Wer sich erneuerbare Energie leisten bzw. diese produzieren kann, lässt sie sich in Gold aufwiegen. Und wer die Mittel dazu nicht hat (und dies trifft heute auf eine Mehrheit der Bevölkerung zu), wird unverhältnismässige Summen ausgeben müssen für den normalen Energiebezug.

Die Auswirkungen betreffen alle

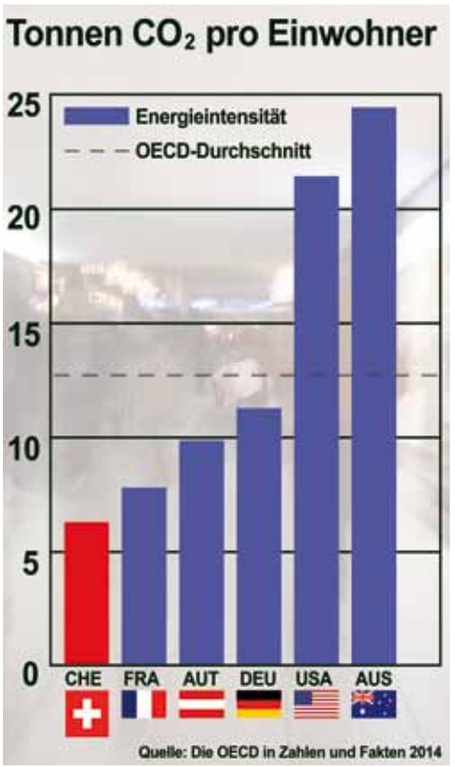
Diese Kostensteigerung wird nicht nur die Familien hart treffen, sondern auch auf KMU-Betriebe, die Tourismusbranche und damit auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im In- und Ausland gefährliche Auswirkungen haben. Die stetige Anpassung der Steuersätze wird zudem jede Betriebs- und Budgetplanung von Wirtschaft und Bevölkerung extrem schwierig und unvorhersehbar werden lassen.

Unternehmen werden Personal abbauen müssen, um die steigenden Energiekosten zu kompensieren. Rand- und Berggebiete wären von dieser Initiative besonders betroffen, insbesondere auch der dortige Tourismus. Der Kostenanstieg wird eine Verlagerung des Tourismus ins Ausland und damit eine zusätzliche Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Ebenso werden die Steuern auf Treibstoffe die Mobilität sowie die Produktionskosten enorm verteuern.

Nein zu einem finanzpolitischen Abenteuer

Auch der Bundesrat betrachtet diese Initiative als schädlich und extrem. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer wird auch Auswirkungen haben auf die Finanzierung der Sozialversicherungen, wie der AHV, die sich bereits heute in Schieflage befindet.

Die Energiesteuer ist für unser Land nicht nur in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nachteilig, sondern bringt nicht einmal Verbesserungen im Umweltbereich. Sie ist daher klar abzulehnen.



Die Schweiz wirtschaftet schon heute energieeffizient. Der Kostenanstieg wird eine Verlagerung des Tourismus ins Ausland und damit eine zusätzliche Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

von Nationalrat Pierre Rusconi, Sorengo (TI)

Die SVP Schweiz empfiehlt am 8. März die NEIN-Parole zur Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»

Mehr Informationen: www.svp.ch/kampagnen

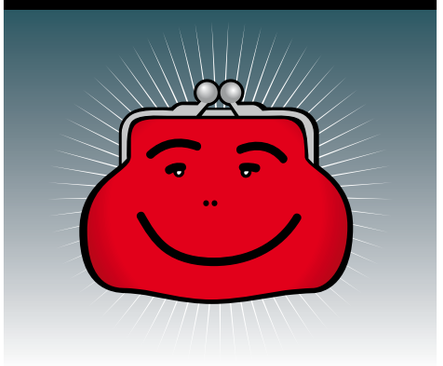
Frei bleiben!

Frei bleiben bedeutet das Recht, im eigenen Land selber bestimmen zu können, die Unabhängigkeit zu bewahren und damit den Werkplatz zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Die SVP setzt sich, wie der Bevölkerung versprochen, in folgenden 3 Punkten für die Schweiz ein:

1. Kein schleichender EU-Beitritt!

2. Konsequente Ausländer- und Asylpolitik!

3. Tiefe Steuern für alle!



Aber wo stehen wir am Vorabend des Wahljahres?

Anpassertum schadet der Schweiz

Zunehmendes Anpassertum gegenüber dem Ausland und eine Politik der Gleichmacherei schaden der Schweiz. Standortvorteile des Werk- und Finanzplatzes gehen verloren, Arbeitsplätze werden vernichtet. Der Wohlstand gleicht sich damit unweigerlich dem tieferen EU-Niveau an. Die Mitte-Links-Mehrheit in Bundesrat und Parlament schadet der Schweiz. Die Ausgaben des Bundes haben sich seit 1990 mehr als verdoppelt. Sie belaufen sich mittlerweile auf über 67 Milliarden Franken. Seit 2008 sind zwei von drei neuen Stellen bei der öffentlichen Hand entstanden.

Ausbau statt finanzielle Sicherung unseres Sozialstaates

Der Sozialstaat wird immer stärker aufgebläht. Statt der notwendigen Sicherung des erreichten Niveaus, werden die Leistungen stetig ausgebaut und die Umverteilung verstärkt: Mehrwertsteuererhöhungen für IV und AHV, Prämienexplosion bei der Krankenversicherung, «Solidaritätsprozente» für die Arbeitslosenversicherung, Steuererhöhungen für zunehmende Sozialhilfekosten usw. Wer profitiert? Die Sozialindustrie. Wer bezahlt? Familien, das Gewerbe und der einfache Steuerzahler.

Werk- und Finanzplatz werden geschwächt

Die Wirtschaft wird immer stärker reguliert und mit dem Ausland «harmonisiert»:

- Immer mehr Bürokratie und Kontrollen (Arbeitszeit, Lohnkontrolle, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Statistikaufwand usw.)
- Immer mehr Auflagen in den Bereichen Umwelt, Energie, Gebäude, Verkehr usw.
- Regulierung des Arbeitsmarktes und Schwächung der Sozialpartnerschaft (Gesamtarbeitsverträge, Solidarhaftung, Lohnkontrollen, Quotenregelungen usw.)
- Immer grösserer Aufwand für öffentliche Ausschreibungen
- Immer höherer Aufwand zur Übernahme – teilweise unsinniger – internationaler Vereinbarungen und Standards

Schleichender EU-Beitritt

Bundesrat und Parlament wollen mit einem sogenannten «institutionellen Abkommen» EU-Recht «dynamisch», also für die Schweiz zwingend, übernehmen. Die Schweiz soll sich in wichtigen Belangen dem EU-Gerichtshof unterwerfen. Das ist gleichbedeutend mit einem EU-Beitritt – ohne Mitglied zu sein.

Personenfreizügigkeit als Dogma

Die Massenzuwanderung von jährlich netto 80'000 Personen in unser Land setzt sich fort, was dem sozialen Frieden schadet, die Infrastrukturen überfordert und längerfristig auch die Sozialwerke belastet. Die Umsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» wird hingegen von der Politik in Frage gestellt.

Ausschaffungsinitiative immer noch nicht umgesetzt

Seit Annahme der Ausschaffungsinitiative könnten jährlich bis zu 18'000 kriminelle Ausländer ausgeschafft werden. Bundesrat und Parlament verhindern dies mit immer neuen Tricks und Verzögerungen. Auf der Strecke bleiben die Opfer und die Bürger, welche sich mehr Sicherheit wünschen.

Was ist zu tun?

- ✓ **Selbstbestimmung der Schweiz erhalten**
- ✓ **Stärkung der Eigenverantwortung**
- ✓ **Stopp dem Ausbau des Staates auf allen Ebenen**
- ✓ **Finanzielle Sicherung der Sozialwerke**
- ✓ **Steuerung der Zuwanderung**

Helfen Sie mit, damit wir dank mehr Sitzen im Parlament dieser Politik zur Stärkung der Schweiz zum Durchbruch verhelfen können!

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein.

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk / meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- ☐ Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- ☐ Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5**.
- ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.

Name / Vorname .....

Strasse .....

PLZ / Ort .....

Telefon .....

E-Mail .....

Datum / Unterschrift .....

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Talon ausfüllen, anschliessend bitte zurücksenden an: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch

www.svp.ch

NEIN zur Billag-Mediensteuer

Bundesrat und Parlament wollen eine Mediensteuer einführen: Künftig sollen alle eine Mediensteuer bezahlen – auch wenn sie gar kein Empfangsgerät haben. Unternehmen werden zusätzlich abgezockt. Der Schweizerische Gewerbeverband hat gegen die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes das Referendum ergriffen. Deshalb werden wir am 14. Juni darüber abstimmen können.

von Nationalrätin Natalie Rickli, Winterthur (ZH)

1931 wurde die Schweizerische Rundspruchgesellschaft (SRG) gegründet. Im gleichen Jahr nahmen die ersten Radiosender ihren Dienst auf. An der Landesausstellung 1939 führte die ETH Zürich in der Schweiz erstmals Fernsehtechnik vor. 1953 führte die SRG einen offiziellen Fernsehversuchsbetrieb durch. An fünf Abenden pro Woche wurde ein rund einstündiges Programm gesendet. Die Empfangsgebühr zu jener Zeit war auf jeden Fall gerechtfertigt.

Am 12. Januar hat der Schweizerische Gewerbeverband über 100'000 Unterschriften gegen die neue Mediensteuer bei der Bundeskanzlei eingereicht.

Private Medienangebote

2015 sind wir aber definitiv im Multimedia-Zeitalter angekommen: Die Konsumenten haben Hunderte in- und ausländische Radio- und Fernsehsender sowie Internet- und Social-Media-Angebote zur Auswahl. Der grösste Teil dieser Angebote ist privatwirtschaftlich finanziert und nicht von öffentlichen Geldern abhängig. Dies zeigt: Die Medienpolitik muss dringend liberalisiert werden. Es ist nicht mehr gerechtfertigt, dass wir ein staatliches SRG-Angebot mit 18 Radio- und 8 Fernsehsendern sowie diversen Websites finanzieren müssen. Die jährlichen Gebühren sind entsprechend explodiert: Zahlten Privatpersonen 1987 noch Fr. 279.60, zahlen wir heute Fr. 462.40.

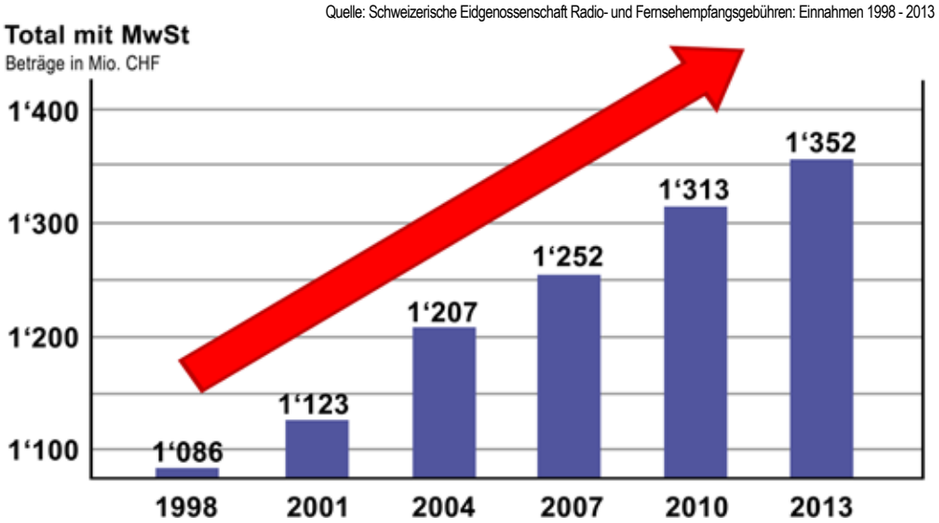
Leider sind Bundesrat und Parlament im letzten Jahrhundert steckengeblieben: Statt die Gebühren zu senken, wird eine verfassungswidrige Mediensteuer eingeführt. In Zukunft sollen sogar Personen, die weder Empfangsgeräte besitzen noch gebührenfinanzierte Programme konsumieren, die Mediensteuer bezahlen. Auch Blinde und Gehörlose werden nach einer fünfjährigen Übergangsfrist zur Kasse gebeten. Unternehmen müssen der Billag noch mehr Geld abliefern, obwohl juristische Personen gar nicht Radio hören oder fernsehen können.

Buebetrickli des Bundesrates

Mit diesem unfairen Buebetrickli und der Behauptung, Sie müssten künftig nur noch Fr. 400 an Gebühren bezahlen, will der Bundesrat die Gebührenzahler überlisten. Denn das steht gar nicht im Gesetz! Im Gegenteil: Der Bundesrat kann die Gebühren gemäss Gesetz in alleiniger Kompetenz weiter erhöhen! Dass es dem Bundesrat kaum ernst ist, die Gebühren zu senken, sieht man nicht nur an der Entwicklung der Empfangsgebühren, sondern auch am immer grösser werdenden Gebührentopf: 1998 betrug der Gesamtertrag 1,086 Mia. Franken, während 2014 bereits 1,352 Mia. Franken durch die Billag eingetrieben wurden. Deshalb NEIN zur unfairen Billag-Mediensteuer am 14. Juni.

Nimmersatter Gebührentopf: 1,35 Milliarden!

Quelle: Schweizerische Eidgenossenschaft Radio- und Fernsehempfangsgebühren: Einnahmen 1998 - 2013



Arbeitsplätze sichern

Mitte Januar hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Aufhebung des Euro-Mindestkurses vollzogen. Dieser Entscheid kam für viele überraschend und ist für die exportorientierte Wirtschaft und den Tourismus unbestrittenermassen schmerzhaft. Der Werkplatz Schweiz und damit die Arbeitsplätze geraten unter Druck und die Folgen dieses Entscheides sind mit ihren Konsequenzen noch nicht einschätzbar. Allerdings war ebenso und immer klar, dass die Bindung des Schweizer Frankens an den Euro mit einem Mindestkurs kein dauerhafter Zustand sein darf. Jetzt braucht es aber einen Deregulierungs- und Revitalisierungspakt!

von Nationalrat Toni Brunner, Parteipräsident SVP Schweiz, Ebnat-Kappel (SG)

Was ist jetzt zu tun? Vorab: Ich plädiere für Selbsthilfe. Das Ausland ist mit sich selber beschäftigt, also müssen wir für uns selber schauen. Auch wenn die Versuchung gross sein mag, jetzt von billigen Fremdwährungen durch Einkäufe oder Ferien im Ausland zu profitieren, wäre eigentlich das Gegenteil das Richtige. Das heisst: Hier in der Schweiz einkaufen, um das einheimische Gewerbe und unsere Landwirtschaft zu stützen, und die Ferien sollte man am besten auch gerade in einem schönen Schweizer Hotel buchen. Wieso in die Ferne schweifen, das Gute liegt so nah!

„Hier in der Schweiz einkaufen, um das einheimische Gewerbe und unsere Landwirtschaft zu stützen, und die Ferien sollte man am besten auch gerade in einem schönen Schweizer Hotel buchen.“

Jetzt deregulieren!

Natürlich, auch die Politik ist gefordert. Allerdings muss sie jetzt das Richtige tun und nicht überschiessen. Der SNB-Entscheid ist Tatsache, die Frankenstärke ist Tatsache und die Antwort kann nur heissen: Deregulieren, Bürokratie abbauen, Rahmenbedingungen verbessern. Wir haben der Parteileitung der FDP und CVP einen Brief geschrieben, dass sie mit uns an einen Tisch sitzen und die nun nötigen Massnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen diskutieren. FDP und CVP sollen ihre eigenen Vorschläge einbringen, wir von Seiten der SVP sehen Handlungsbedarf an verschiedenen Orten. Konkret in vier Bereichen:

Es braucht nicht immer noch mehr flankierenden Massnahmen, sondern eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

1. Überregulierungen abbauen

- Entlastung des Gewerbes durch Verzicht auf unsinnige Statistiken oder ausufernden Bürokratie, wie die unsinnige Arbeitszeiterfassung.

- Es braucht einen Abbau der Regulierungen und des Kontrollapparates in der Landwirtschaft.

- Es braucht nicht immer noch mehr flankierenden Massnahmen sondern eine stärkere Flexibilisierung des Ar-

beitsmarktes. Es darf keine erleichterte Allgemeinverbindlichkeit der Gesamtarbeitsverträge (GAV) geben.

- Es braucht einen Anstellungsstopp bei der öffentlichen Hand! Zudem müssen verzerrende Vorteile der öffentlichen Hand auf dem Arbeitsmarkt wie Vaterschafts- und Adoptionsurlaube, Ferien- und Freizeitregelungen, Pensionskassenleistungen usw. abgebaut werden.

2. Fehlentwicklungen der jüngsten Zeit stoppen!

- Unter dem Vorwand von Lohngleichheit will der Bundesrat eine Lohnpolizei in die Betriebe schicken.

- Der Bundesrat will künftig zwingend 30% Frauen in den Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen von börsenkotierten Unternehmungen, um sich der EU anzupassen.

- Auf die Energiestrategie 2050 ist zu verzichten, da diese auf einen unsinnigen und sehr teuren Umverteilungsapparat hinaus läuft.

- Zudem muss die Unsitte aufhören, dass der private Sektor durch die öffentliche Hand, z.B. im Entsorgungsbereich, in der Software-Entwicklung, durch Aktivitäten der Bundesbetriebe ausserhalb der Kernbereiche usw. zunehmend konkurrenziert wird.

„Wichtig ist jetzt die rasche Umsetzung des Verfassungsartikels zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung.“

3. Gezielte Verbesserungen und Stärkung der Wirtschaft für den Erhalt von Arbeitsplätzen!

- Stärkung des dualen Bildungssystems durch praxis- und wirtschaftsnahe Ausbildung.

Um mittel- und langfristig Wirkung zu erzielen, müssen nun rasch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Die SVP hat diesbezüglich ein umfassendes Deregulierungs- und Revitalisierungspaket vorgeschlagen.

- Verzicht auf jegliche neue oder höhere Steuern und Abgaben, beispielsweise beim Benzin oder der geplanten neuen Mediensteuer, über die wir im Juni abstimmen.

- Erweiterte Unternehmenssteuerreform III mit klarer Verbesserung der steuerlichen Attraktivität.

- Senkung Gewinnsteuersatz von 8,5% auf 7,5%.

- Strukturelle Anpassungen bei der Reform Altersvorsorge; Verzicht auf Steuererhöhungen (insb. Mehrwertsteuer, Lohnabgaben) und Leistungsausbau.

4. Eigenständige Zuwanderungspolitik

- Die Lohndifferenz zum Ausland wird grösser. Damit wird die Versuchung noch grösser, junge und billige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu holen.

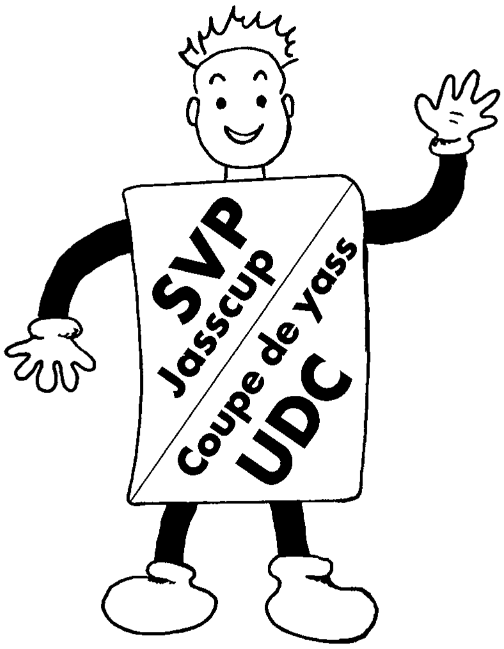
- Die Zuwanderung muss daher wieder eigenständig gesteuert werden. Wichtig ist jetzt die rasche Umsetzung des Verfassungsartikels zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung.

- Das bedingt Kontingente und Höchstzahlen und einen Inländervorrang, dieser schützt einheimische Arbeitnehmer am besten.

- Die SP schlägt einen Kündigungsschutz für über 50-Jährige vor. Dieser Vorschlag ist blanker Unsinn. Damit würden erst recht keine einheimischen Arbeitnehmer die über 45-jährig sind mehr angestellt, stattdessen würden billige und junge Arbeitskräfte aus dem Ausland geholt.

- Heute müssen arbeitslose Ausländer unser Land kaum mehr verlassen. Sie bleiben. Daher brauchen wir eine Beschränkung des Zugangs zu den Sozialwerken.

Die Politik kann also in dieser Situation vieles falsch machen, sie kann jetzt aber auch einiges richtig machen. Es geht um Arbeitsplätze, um Wohlstand und Freiheit und letztlich um die Schweiz. Wir setzen uns dafür ein.



15. Nationaler SVP-Jasscup

mit Parteipräsident Toni Brunner
und SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 21. Februar 2015

10:00 – 16:00 Uhr, Türöffnung um 9 Uhr

im Casino, Herisau AR

Modus
Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart
Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise
Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.

Schätzwettbewerb:
1. Preis Fr. 300.-
2. Preis Fr. 200.-
3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr
- Jassgebühr: Fr. 30.-
  ist an der Eingangskasse zu bezahlen
- Mittagessen: Fr. 20.-
  Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

Teilnehmer
Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung
Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon per Email, Post oder Fax baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung).

Anmeldeschluss ist der 13. Februar 2015

Organisation
SVP Appenzell Ausserrhoden unter der Leitung von OK-Präsident und Kantonalpräsident Edgar Bischof, Kantonalsekretär Ralf Menet und Nationalrat Felix Müri.
Turnierleiter: Fabian Cadonau

✂- -

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 15. Nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 21. Februar 2015 an:

❑ Französische Karten ❑ Deutschschweizer Karten ❑ Egal

Name: ______________________ Vorname: ______________________

Adresse: ______________________ PLZ Ort: ______________________

Tel.: ______________________ E-Mail: ______________________

Anmeldung bis spätestens 13. Februar 2015 an:
SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern
Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: betschart@svp.ch